

# Ärzte warnen vor „Irrweg“

Die steirische Ärztekammer kritisiert Reformen, Krankenkassen, Politiker – und schließt österreichweite Demonstrationen nicht aus.

DIDI HUBMANN

Der steirischen Ärztekammer reicht's: Angesichts der Nichtberücksichtigung in der Abwicklung der Gesundheitsreform holten Präsident Herwig Lindner und seine Vize Jörg Garzarolli und Martin Wehrschütz zum Rundumschlag aus: „Die Politik wird den Irrweg noch erkennen, den sie beschritten hat“, so Lindner.

Konkret geht's um mehrere Themen: Die Gesundheitsreform wird ebenso kritisiert wie die „Leistungsrationierung“ durch die Krankenkassen und die Einsparungen im steirischen Gesundheitssystem von 350 Millionen in den nächsten vier Jahren. „Die Politik scheut sich zu sagen, dass eine Geldverknappung auch zu einer Leistungsverknappung führen muss. Es wird längere Wartezeiten in Ambulanzen und bei Operationen geben“, so Wehrschütz. Garzarolli, der die niedergelassenen Ärzte vertritt, spricht von der „Zerstörung der fachärztlichen und in der Folge auch hausärztlichen Versorgung“ und: „Das Gejammer der Gebietskrankenkasse, dass zu wenig



Attacke der Ärztekammer: Jörg Garzarolli, Präsident Herwig Lindner und Martin Wehrschütz

Geld da sei, ist unerträglich. Das wird nicht akzeptierbar sein, wir werden uns zur Wehr setzen.“ Grund für die Wortwahl dürften auch die Honorarverhandlungen mit der GKK sein.

Am 21. November soll es eine außerordentliche Versammlung der österreichischen Ärztekammer geben. In der Folge soll die Bevölkerung „gewarnt und aufgeklärt werden“. Lindner will Ärztedemonstrationen wie 2008 nicht mehr ausschließen. „Wir wollen in die Planung ein-

bezogen werden. Sonst erleben wir ein Gesundheits-Pisa.“

Eine Antwort auf den Rundumschlag gibt es von Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder: „Ich würde mir wünschen, dass sich die Kammer nicht als Bedenken-, sondern als Hoffnungsträger zeigt. Es reicht nicht mehr, sich beleidigt ins Eck zu stellen und zu erklären, warum es nicht geht. Ich lade die Kammer ein, Projekte darzulegen, die das Gesundheitssystem nachhaltig absichern.“



Mit Blick auf den Herzogshut (um 15

## Unser

Der Herzogshut war stummer Zeuge, als die Steiermark nun 600 Jahre Landtag zelebrierte. Heute ist Publikumstag.

### STEIERMARK INTERN

## Landesspitze für Politiker-Gehaltsplus

Zu einer Gehaltsanpassung für Politiker bekennt sich die steirische Landesspitze. **Franz Voves** (SP) ist „nach vier Nulllohnstunden“ für eine Anpassung im Ausmaß von bis zu 1,8 Prozent. Um ebenso viel steigen ja die Pensionen 2013. Anfreunden kann sich Voves auch mit dem Vorstoß, für Ortschefs kleinerer Gemeinden ein höheres Gehaltsplus zu beschließen. Und er verstehe Manager und Nationalbankpräsident **Claus Raidl**. Der hatte im Interview mit der *Kleine Zeitung* deutlich höhere Gagen für exekutive Politiker (Mi-

nister etc.) gefordert. Voves: „Man muss sich das überlegen, wenn man eine Breite will.“

**Hermann Schützenhöfer** (VP) Hempfindet die aktuelle Debatte über Politikergagen „unter jeder Würde“. Er will 2013 „jedenfalls keine Nulllohnrunde“. Ob 1,8 oder zwei Prozent (analog zum Landesdienst) mehr, darüber werde man noch verhandeln. Der Hintergrund: Das Land hat einen gewissen Spielraum, Politiker erhalten nicht den höchstmöglichen Betrag. Siehe Landeserster: Der verdient 15.504 Euro brutto, 16.320 wären möglich.



Schützenhöfer für Gehaltserhöhung

★  
Bevor die Landesspitze die neue Gemeinde-landkarte festlegt (Jänner 2013), sind zahlreiche Gesetze an die Strukturreform anzupassen. Die Details waren gestern Thema im Landhaus. Laut Entwurf soll es Ortsteilwappen und -bürgermeister geben. Kritikern, die bei Fusionen eine Tarifexplosion befürchten, begegnet man mit einer 20-Prozent-Obergrenze. Höher dürfen Abgaben für Abwasser etc. binnen sieben Jahren nicht steigen. Zudem be-

inhaltet die geplante Novelle Gemeindeverbände. Samt der Regelung, dass im Streitfall die Landesregierung entscheidet.

Die Ziele der Reform werden ebenso festgehalten: Von Kommunen, die ihre „Aufgaben ohne Haushaltsabgang erfüllen“, ist etwa die Rede. Bekanntlich hat die Steiermark mehr als 200 „Abgangsgemeinden“.

Schließlich sollen auch die Kontrollstandards in den Gemeinden verschärft werden.

THOMAS ROSSACHER